

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wegberechtigt: Wesentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Entnahme der Zeitung infolge Abwesenheit oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 18 Goldpfennige, die Reklamzeile 25 Goldpf. Halber innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 133

Altensteig, Mittwoch den 10. Juni.

Jahrgang 1925

Die Leistungen der Sozialversicherung.

Seit der Stabilisierung der Währung ist die Sozialversicherung wieder zu neuen Kräften gekommen und hat ihre Leistungen in erheblichem Umfange sogar noch über das Maß der Vorkriegszeit hinaus gesteigert. Während beispielsweise in der Krankenversicherung im Jahre 1914 nur 27 Millionen versichert waren, beträgt deren Zahl jetzt 21 Millionen. Ein Drittel der Bevölkerung ist somit heute bereits krankenversichert. Daß die Zahl der Krankenversicherten gegenüber der Vorkriegszeit erheblich zugenommen hat, ist ein deutlicher Beweis für die Besserung des Mittelstandes, denn weder die Zahl der gewerblichen Arbeiter noch der Angestellten hat sich seit dem Jahre 1914 gehoben. Die Einnahmen aus der Krankenversicherung betragen im Jahre 1924 750 Millionen Mark, an Krankheitsfällen mit Arbeitsunfähigkeit wurden 9,5 Millionen gezahlt mit 190 Millionen Krankentagen. Der Unterschied zwischen den gesundheitlichen Verhältnissen in den städtischen und ländlichen Betrieben zeigt sich an der Tatsache, daß bei den Betriebskrankenkassen jedes zweite Mitglied einmal im Jahr als krank geführt wurde, während bei den Landkrankenkassen nur jedes dritte Mitglied erkrankte. Auf einen Krankheitsfall entfallen 20 Krankentage, auf ein Rentensmitglied 1 Krankentage. Bei den Männern beträgt die Zahl der Krankentage 8,7, bei den Frauen 9,2.

Die Wochenhilfe für die versicherten Frauen und die Angehörigen der Versicherten, die in freier Behandlung durch Arzt und Hebamme, Wochengeld und Stillschuld besteht, wurde im Jahre 1924 in 800.000 Fällen gewährt, d. h. in zwei Drittel aller Geburtsfälle in Deutschland überhaupt. Die Aufkosten hierfür betragen 65—70 Millionen Mark.

Die Unfallversicherung umfaßt heute 25 Millionen Versicherte. Neben den gewerblichen Arbeitern und Angestellten unterliegen ihr auch vielfach selbständige Handwerker und Bauern. Die Berufsgenossenschaften haben für rund 700.000 Unfallrentner mit 100 Millionen Mark Rentenhöhe zu sorgen.

Die Invalidenversicherung umfaßt 17 Millionen Versicherte und 3 Millionen Rentempfänger. Der Voranschlag für 1925 weist 500 Millionen für Gewährung von Renten aus.

Der Angestelltenversicherung unterliegen 2 Millionen Versicherte mit 71.000 Rentenempfängern.

Einen erheblichen Aufschwung hat seit der Stabilisierung auch die Geschäftstätigkeit der Versicherungsanstalten nehmen können. Obgleich die Landesversicherungsanstalten in der Inflationszeit ihr Vermögen von rund 2 Milliarden Mark nahezu verloren hatten, sind sie heute schon wieder in der Lage, den Kleinwohnungsbau in dem Etatjahre 1925 mit 30—40 Millionen zu unterstützen. Die Reichsversicherungsanstalt stellt für den gleichen Zweck aus ihren rund 120 Millionen Einnahmen den Baugenossenschaften und Gemeinden erhebliche Kredite zur Verfügung. Ebenso sucht sie dem Kreditbedürfnis der Landwirtschaft auch ihrerseits nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Die Hauptaufgabe der Versicherungsanstalten liegt jedoch auf dem Gebiete der Heilbehandlung, die drohende Invalidität abwenden oder Invaliden wieder arbeitsfähig machen soll. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat 12 bis 15 Millionen für den Wiederaufbau der Beratungsstelle für Geschlechtskranke, für die Behandlung in Lungenspitalsstätten usw. für das Jahr 1925 zur Verfügung gestellt.

Während sich in Frankreich und in den angelsächsischen Ländern der Grundgedanke der Selbsthilfe auf dem Wege der Sozialversicherung nur allmählich und gegen erhebliche Widerstände insbesondere der Arbeitgeber durchgesetzt hat und auch heute erst teilweise verwirklicht ist, hat das verarmte Deutschland die erste Gelegenheit ergriffen, um seine von früher vorbildlichen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung wieder in vollem Umfange herzustellen. Auch die in den nächsten Jahren in steigendem Maße zu erfüllenden Reparationsleistungen werden hieran nichts ändern.

Der Bericht der Kontrollkommission

Wieder liegt ein Schriftstück vor, das in der Entwaffnungsfrage das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch nimmt: Der Bericht der Internationalen Militärkommission in Berlin, die seit mehr als Jahresfrist Deutschland nach Waffen und Abrüstung durchsucht hat. Dieser Bericht bildet die Grundlage für die von der Vorkriegszeit her

erhobenen Forderungen in der bekannten Entwaffnungsnote. In Einzelheiten deutet sich der Bericht mit der Note, namentlich hinsichtlich der dort angeführten technischen Dinge. Im Ganzen aber ist der Bericht der Kontrollkommission in Deutschland ein Beweis dafür, wie man die eklektischen und judenscheuigen Vorwände braucht, um die Nichträumung der Kölner Zone zu begründen. Großmanns- und Wichtigkeiterei 'angezeichnet' den Bericht in der Ausföhrung der Schwerigleiten, auf die die Kontrollkommission angeblich in Deutschland gestoßen sei. Und die Tendenz des Schriftstückes geht dahin, — man merkt den französischen Einfluß! — daß Deutschland auf ewige Zeiten entwaffnet und kontrolliert bleiben soll inmitten eines überbewaffneten Europas. Man will aus Deutschland ein Ägypten oder Marokko machen!

Wenn der Bericht der Kontrollkommission zu dem Schluss ergab, daß die militärischen Klauseln des Friedensvertrages von Deutschland nicht erfüllt worden seien, sondern daß die Befreiung von Besetzungen, deren Notwendigkeit die Generalinspektion erwiesen habe, noch ziemlich große Schritte machen müsse, so wollen diese Kontrollleute in Berlin nur ihr schlaraffenartiges Leben auf Kosten Deutschlands weiterfristen. Man hätte erwarten können, daß diese fremden Kontrollleute, nachdem sie solange in Deutschland leben, in die Pfunde des deutschen Volkes mehr eingedrungen wären und auf die politische Lage in Deutschland und Europa Rücksicht genommen hätten. Statt dessen aber überall Fogartellen und Kleinklugheiten, nur um zu beweisen, daß Deutschland bestraft, oder daß das Rheinland nicht frei gegeben werden könne! Denn das ist ja der Zweck der Entwaffnungsnote und der Zweck auch dieses Berichts.

Kamit man dazu noch das neueste Einvernehmen zwischen England und Frankreich in der Frage des Sicherheitspaktes, die in Genf ratet wurde und auf der Darstellung Berichts fußt, die dieser der Weltpresse gab, so sucht man vor der Tatsache, daß Deutschland unter den Zwang der ehem. igen Kriegsgegner gestellt wird und daß es Aufgabe der deutschen Diplomatie bleibt, die Forderungen, die man uns zu legen beabsichtigt, zu mildern.

In Einzelheiten aus dem Kontrollbericht heben wir hervor:

Generalinspektion über den Stand der Entwaffnung

Nach längerem Verhandeln habe man sich über die Bedingungen, unter denen diese Generalinspektion durchgeführt werden solle, geeinigt. Die Inspektion habe am 8. September 1924 begonnen und sei am 23. Januar 1925 beendet worden. Die Operation habe, da man seit 6 Monaten daran gearbeitet habe, die deutschen Behörden nicht überrascht. Sie hätten versucht, daß die meisten Befehle vorher angekündigt würden. Es hätte also weder Überhand noch Überraschung geben dürfen. Während die Kontrollkommission ohne Schwierigkeiten von der Polizei, den Fabriken und den Militärbehörden aufgenommen worden sei, habe sie den industriellen Widerstand bei der Inspektion über die Besetzung der Werke nicht übersehen. Am 23. September habe die Kommission schließlich das Recht erhalten, die nötigen Dokumente einzusehen. Die Arbeit sei dann durch Prüfung des Materials wesentlich erleichtert worden. Aber es sei dies nicht der Fall gewesen hinsichtlich der effektiven Bestände der Rüstungsanlagen. Die Objektivität der Militärbehörden in dieser Hinsicht habe bis zum Ende der Generalinspektion angedauert. Manchmal habe man sogar den Zutritt in den Werken verboten. Bei den Rüstungsanlagen hätten sich die Behörden geweigert, die Kontrollkommission an Ort und Stelle des Materials gewisser betrieblicher Anlagen nachprüfen zu lassen. Es sei schließlich bedenklich, daß unter der Behauptung des Hochverrats gegen die Berliner gewisser Verträge, die Verhältnisse gegenüber dem Vertrag festhalten, Straßverfahren eingeleitet worden seien, und daß gewisse Besatzungen erfolgt seien, während die Vereinbarungen, die eine Täuschung angedeutet hätten, die gegen die Bestimmungen des Vertrags verstoßen, die Rückkehr der Besätze verboten hätten. Schnelle Entscheidungen seien angenommen, daß Deutschland keine Besatzungen nicht erlaube. Sie hätten schließlich Vereinbarungen in sich. In erster Linie müsse man aber die militärische Vorbereitung der Inspektion und des Besatzens durch harte Vernehmung mit Material annehmen.

Ergebnisse der Generalinspektion

Deutschland habe keine Rüstungsmaterialfabrikation nach den Bestimmungen der Kontrollkommission und nach Ausführung gewisser Bedingungen aufzuheben können. Es habe sie ohne Genehmigung und ohne die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt zu haben, wieder aufgenommen. Diese Fabriktion habe sich nicht nur auf Munition und Explosivstoffe beschränkt, sondern auch auf Ballen und Elemente von Arsenwaffen, auf Explosivstoffe und auf verborgene Mittel zum Zwecke neuer Erfindungen. Um die Fabrikationsfähigkeit Deutschlands an Rüstungsmaterial zu verringern, hätten die Alliierten die Besetzung gewisser Einrichtungen in zahlreichen Fabriken und die Besetzung des Besatzungsrechts für Rüstungsmaterial auf einzelne Fabriken beschränkt. Man habe aber festgestellt, daß zahlreiche Einrichtungen noch in anderen Fabriken durchzuführen seien und daß die in den Staatsfabriken vorgeschriebenen Besatzungen nicht aufzuheben seien. In den deutschen Werken in Spanien, Portugal und Anstalten habe man eine Verletzung der Industrieregulierungen festgestellt. Deutschland sei also in der Lage, sich zu fabricieren und in Waffen Rüstungsmaterial heranzubringen, das ihm fehle.

Wenn man nicht auf die Verfassungsfähigkeit, sondern auf die vorhandenen Einrichtungen im Auge faßt, müßte man die Auslieferung und die Heiraten der Reichsmacht und der Polizei prüfen sowie die arbelmen Depots, also die Bewaffnung der Gendarmerie. Die Auslieferung der Reichswache habe sich nach 1922 nicht geändert zu haben. Aber im August und Dezember seien Berichte über die Auslieferung, die die deutsche Regierung gemacht habe, nicht angenommen worden. Man habe auch bei der Bewaffnung der Polizei Beschlüsse festgestellt, die erlaubt seien, dieses Volkstempo in ein militärisches Meer umzuwandeln. Die Anzahl an Waffen und Munition, die ausschließlich in Deutschland vorhanden seien, müßte sich auf der Höhe des Jahres 1922 befinden, des Zeitpunktes, da sie vorher gewesen seien als die angebotenen Bestände. Die Berichte seien verhängt worden, wie die Gendarmerie arbelmen Vaser beweise. Die deutsche Regierung leugne einen unautorisierten schlichten Willen in dieser Richtung an den Tag. Die Organisation der Reichsmacht sei völlig im Widerspruch mit den Grundlinien des Berliner Vertrags durchgeführt worden. Sie sei kein Meer von Freiwilligen, sondern eine Gendarmerie. Heberall habe die Reichsmacht eine Besetzung an den ehemaligen Meer unterhalten, mit dem sie sich durch Schaffung von Ersatzleistungen verbunden habe, sowie ferner durch die alte Ersatzkommission und dadurch, daß die Bewaffnungsbereitschaft der Reichsmacht beibehalten worden seien. Entsprechend dem Friedensvertrage bestehe immer noch eine Besetzung und ein Gewerkschaft. Bei jeder Waffe seien die vorgeschriebenen Besätze des Friedensvertrages anzuwenden.

Der Bericht der Militärkontrollkommission schließt mit einer Erklärung, in der es heißt, daß die Kommission aus eigener Initiative und eigener Macht nicht erklären könne, daß die militärischen Klauseln des Friedensvertrages von Berlin von Deutschland erfüllt worden seien, sondern daß die Besetzung von Besatzungen, deren Notwendigkeit die Generalinspektion erwiesen habe, noch ziemlich große Schritte machen müsse.

Das Landessteuergesetz von 1925

Von Rechtsanwalt B. u. m. - Stuttgart

Der württ. Landtag hat am 18. April 1925 ein Änderungs-gesetz zu den Landessteuergesetzen beschlossen, das in Nummer 14 des Regierungsblattes für Württemberg veröffentlicht ist. Von besonderem Interesse für die Allgemeinheit dürfte sein der Artikel 13, welcher Änderungen des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer-gesetzes (GGG.) enthält, und die Artikel 1—8, welche die Regelung der Gewerbesteuer für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 31. März 1926 enthalten. Unter dem 14. Mai 1925 sind zu diesen Artikeln die Ausführungsbestimmungen des Finanzministeriums ergangen.

1. In Artikel 13 ist unter Ziffer 1 zunächst erweitert die Gewerbesteuerpflicht der Gärtner. Das GGG. vom 22. 8. 22 hatte diesen Berufsgegenstand nicht besonders erwähnt, wohl aber war in den zu diesem Gesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen des Finanzministeriums vom 22. 12. 22 angeordnet, daß Gärtner gewerbesteuerpflichtig sind, wenn sie vorwiegend künstliche Pflanzengucht oder vorwiegend Handel mit gekauften Pflanzen und Samen treiben; das gleiche gilt für Baumschulen. Der gewöhnliche Gemüsebau war steuerfrei, auch wenn er mit besonderen Einrichtungen betrieben wurde. Als steuerpflichtige Kunst- und Handelsgärtner galten jedenfalls Gärtner, die als der Gewerbeordnung unterliegend anerkannt sind.

Diese Bestimmung war durch Verfügung des Finanzministeriums vom 10. 6. 1924 abgeändert worden. Danach gilt der gesamte Gartenbau (einschließlich Blumenzucht, Baumschulen, Samenzucht) als landwirtschaftlicher Betrieb und unterliegt somit nicht der Gewerbesteuer. Gewerbesteuerpflichtig ist dagegen der Handel mit fremden Gartenbau-erzeugnissen und die Dekorations-, Landschafts- und Friedhofsgärtner. Bei Verbundenheit solcher Betriebe mit Gartenbaubetrieb entscheidet das Ueberwiegen der einen oder anderen Betriebsart. Diese Bestimmung gilt seit dem 1. 1. 24 und gilt auch weiterhin.

Durch die neueste Regelung ist nun mit Wirkung vom 1. 4. 25 an die Gewerbesteuerpflicht ausgedehnt worden auf Gärtnerbetriebe, die vorwiegend die Zucht von Blumen, Stierpflanzen und Samen betreiben, wenn die hierfür dienenden feststehenden oder beweglichen Gewächshäuser mehr als 15 Ar Grundfläche umfassen.

2. In Artikel 13 Ziffer 2 ist angeordnet, daß außer den im GGG. aufgeführten Gebäuden, die öffentlichen Zwecken dienen, ohne dem Eigentümer einen wirtschaftlichen Nutzen abzuwerfen (z. B. Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Rathhäuser u. a.), sowie Gebäuden in Feldern, Gärten, Weinbergen, Waldungen, die weder bewohnbar sind, noch einem land- oder forstwirtschaftlichen oder Gewerbebetrieb dienen, und in keiner Weise benutzbaren Gebäuden, ferner von der Gebäudesteuer befreit sind solche Gebäude, die in den Jahren 1924, 1925 und 1926 fertiggestellt wurden oder fertiggestellt werden, soweit sie Wohnungen enthalten, die in Ausmaß und Ausstattung das beim Mittelstand übliche Maß nicht überschreiten. Der Zweck dieser Bestimmung ist klar: es soll der Wohnungsbau gefördert werden. Als Merkmal für die Beurteilung der Frage, ob eine Wohnung in Ausmaß und Ausstattung das beim Mittelstand übliche Maß nicht über-

Schreit, ist in erster Linie die Wohnfläche einer Wohnungseinheit zu vermehren. Falls die Wohnfläche einer Wohnungseinheit nicht mehr als 180 Quadratmeter beträgt, ist im allgemeinen die Steuerbefreiung zu verwilligen. Wenn ein Gebäude neben solchen Räumen auch andere Räume enthält, z. B. gewerbliche Räume, landwirtschaftliche Betriebsräume oder Wohnungen, welche das beim Mittelstand übliche Maß überschreiten, so ist das Gebäude zu dem diesen Räumen entsprechenden Teil steuerpflichtig. Ohne nähere Prüfung des Einzelfalles können die Wohnungen als unter die Steuerbefreiung fallend angesehen werden, für die die Württ. Wohnungskreditanstalt oder unter Beachtung der oben erwähnten Grenzen der Ausstattung die Gemeinde ein Baudarlehen gewährt hat. Soweit die maßgebenden Verhältnisse amtsbekannt sind, ist die Steuervergünstigung von Amts wegen zu gewähren, andernfalls hat die Gemeindebehörde die betr. Eigentümer öffentlich oder einzeln zur Stellung eines entsprechenden Antrags aufzufordern. Wenn die Wohnung den Charakter als Mittelstandswohnung durch An-, Um- oder Zubauten oder durch Verwendung zu anderen Zwecken verliert, so erlischt die Steuerfreiheit erst schon vor Ablauf der oben erwähnten 5 Jahre. Die Bestimmung tritt mit Wirkung vom 1. 4. 25 in Kraft. (Fortsetzung folgt.)

Neues vom Tage.

Das Zentrum zur Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 9. Juni. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags hat sich in ihrer Sitzung vom 9. Juni mit der politischen Lage im allgemeinen und mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen im besonderen beschäftigt. Zunächst stellt die Fraktion mit aller Deutlichkeit fest, daß sie sogleich nach der letzten Abstimmung über das Kabinett in Verhandlungen über die Verbreiterung der politischen Basis des Kabinetts eingetreten und die Besprechungen nach rechts und links mit allem Nachdruck durchgeführt habe. Die Zentrumsfraktion wird auch weiterhin alles, was in ihren Kräften steht, versuchen, um diese Frage einer Lösung entgegenzuführen. Die Bildung einer preussischen Regierung auf möglichst breiter Grundlage erscheint als eine vaterländische Notwendigkeit, der von allen politischen Parteien Zustimmung getragen werden muß.

Keine Luftschiffe zu Amundsen's Sache

Washington, 9. Juni. Der Marinesekretär teilt mit, daß die Bitte des norwegischen Vereins für Luftfahrt, die „Los Angeles“ oder die „Shenandoah“ zur Auffindung der Amundsen-Expedition auszusenden, abgelehnt worden ist. Der Marinesekretär erklärte, die Ansicht des Marineministeriums habe sich nicht geändert, daß ein solches Unternehmen antantisch und ein nutzloses Bemühen sei.

Küchler der Franzosen in Marokko

Paris, 9. Juni. Nach den letzten Berichten über die Kämpfe in Marokko geht dort auf der ganzen Linie der Angriff der Kämpfer mit unverminderter Wucht weiter. Nach einem Telegramm des „Journal“ hat sich die Lage in den letzten 48 Stunden außerordentlich verschärft. Besonders heftige Angriffe werden gegen den linken französischen Flügel in der Gegend von Uegza durch die Djeballaer berichtet. Die Front an der Uegza ist im Westen und Osten stark bedroht. Nach den letzten Meldungen des „Journal“, ist Bhdana nach heftigen Kämpfen in die Hände der Kämpfer gefallen. Die Berichte der Kriegsberichterstatter aus Marokko zeigen mehr als die offiziellen Mitteilungen, daß der Rückzug der französischen Truppen unter dem Druck der Kämpfer vor sich geht. Einige Blätter üben bereits scharfe Kritik an der Kampfstrategie des Marschalls Dauthe.

Das Heideschloß.

Roman von Marie Harling

(Nachdruck verboten.)

Früh am andern morgen, ehe noch jemand in der Pension Hartmann erwacht ist, geht Elsa leise hinaus. In der wunderschönen, stimmungsvollen Münsterkirche wohnt sie, wie sie es seit ihrem Aufenthalt in Bonn schon so oft getan, dem Gottesdienste bei.

Lange kniet sie noch in inbrünstigem Gebet, als die Wehrzahl der Gläubigen die Kirche längst verlassen hat. Ganz still und ruhig ist es in ihrem Herzen geworden, sie hat vertrauensvoll ihre Zukunft in Gottes Hand gelegt.

Als Elsa die Kirche verlassen will, erhebt sich aus einer der hinteren Bänke ein junger Mann, der dort betend gekniet hat. Die Blicke der jungen Leute treffen sich und Elsa ist erstaunt, in dem Kirchenbesucher Robert Westermann zu erkennen. Zusammen verlassen sie das Gotteshaus und wie auf Verabredung wandern sie schweigend Seite an Seite die Straße entlang zur Poppelsdorfer Allee.

Robert unterbricht zuerst das Schweigen.

„Welch eine hübsche Stadt Bonn ist, namentlich wenn es Frühling wird! Waren Sie früher schon in Bonn? Tut es Ihnen nicht leid, dieses schöne Fleckchen Erde so bald verlassen zu müssen?“

Elsa zuckt die Achseln; ihre Blicke gleiten teilnahmslos über die von zartem, jungem Grün umwehten Bäume.

„Mir ist es ziemlich gleichgültig, wo wir leben; die Welt bietet ja wohl überall etwas Schönes, so schön freilich wie meine nordische Heide dünt mich kein anderer Erdenflak.“

„Warum haben Sie denn ihre schöne Heimat verlassen, Fräulein Vanderstraaten? Ich möchte ja nicht aufdringlich sein mit meiner Frage und Ihnen nicht weh tun, aber an Ihren lieben Augen sehe ich des Oesteren, daß Sie geweint haben. Warum bereiten Sie sich selbst solches Leid und kehren nicht in die Heimat zurück?“

Die Einigung in der Sicherheitsfrage.

W. L. Paris, 9. Juni. Die „Agence Havas“ erklärt: Das zwischen den Regierungen von England, Frankreich und Belgien erzielte Abkommen stelle den formellen Beschluß Englands fest, die Rheingrenze, so wie sie der Versailler Vertrag festlege, zu verbürgen und jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln, die die Rheingrenze garantieren, als casus belli zu betrachten. Was die Ostgrenzen Deutschlands betreffe, so erkläre England ausdrücklich, daß es der Auslegung des Versailler Vertrages treu bleibe. Die durch England für die Rheingrenze gegebene Garantie erstreckte sich nicht auf die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei. Diese Grenzen ständen unter dem Schutze der Völkerbundsanalyse. Außerdem lasse England Frankreich alle Freiheiten, seinen Verpflichtungen allgemeiner Art die Form zu geben, die am besten den Interessen seiner Alliierten entspreche, vorausgesetzt, daß jedes Abkommen den Geist und den Buchstaben der Völkerbundsanalyse entspreche. Endlich werde in dem französisch-britischen Abkommen formell erklärt, daß Frankreich in dem Falle, in dem seine Alliierten die Opfer eines nicht provozierten Angriffs werden, berechtigt sei, sich der entmilitarisierten Rheinzone als Operationsfeld zu bedienen, um seinen angegriffenen Alliierten zu Hilfe zu eilen. Was die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund anlange, so seien die Regierungen von Paris und London übereingekommen zu erklären, daß diese erst in dem Augenblick erfolge, wenn in dem der Sicherheitspakt vollkommen den zwischen den beiden Regierungen festgelegten Bestimmungen entspreche. Da zwischen den Regierungen von London, Paris und Brüssel jetzt eine vollkommene Einigung erzielt worden sei, werde Briand in der Lage sein, der deutschen Regierung die Antwort der französischen Regierung zu übermitteln.

Die Völkerbundsratsitzung

Genf, 9. Juni. Der Völkerbundsrat genehmigte die Beschlüsse der beiden Karsanschlüsse für Ungarn und für Oesterreich. In der vom Rat gefassten Entschliessung über das Sanierungswert in Ungarn wird festgestellt, daß insolge rigoroser Steuermaßnahmen der erste Jahresabschluss des ungarischen Haushalts auf 1. Juni 1925 anstelle des vorgesehenen Defizits von 100 Millionen Goldfronen einen erheblichen Ueberschuß aufweist und daß der Vorschlag für 1926 ebenfalls im Gleichgewicht ist. Der Völkerbundsrat spricht sich schließlich für einen weiteren Beamtenabbau und gleichzeitig für eine Erhöhung der Beamtengehälter und die Ausmerzung eines Kredits aus dem Restbestand der Sanierungsanleihe zu produktiven Zwecken aus. Hinsichtlich des Sanierungswertes in Oesterreich hat der Rat die Entsendung zweier wirtschaftlicher Sachverständiger genehmigt, des Engländers Layton, Direktor der Londoner Zeitschrift „Economist“ und des Pariser Universitätsprofessors Rist, die eine Untersuchung der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse Oesterreichs vornehmen sollen. Der österreichische Außenminister Kalaja erklärte, daß Oesterreich in die Arbeit der vom Völkerbund ernannten wirtschaftlichen Sachverständigen volles Vertrauen habe.

Zu den chinesischen Unruhen

London, 9. Juni. Die Blätter berichten weiter eingehend über die erste Lage in China. „Times“ meldet aus Schanghai, es mehrten sich die Anzeichen, daß die Unruhen weitere Provinzen in Mitleidenschaft ziehen. „Daily Telegraph“ seien die britischen amtlichen Kreise wegen der Lage in China sehr beunruhigt. Das Blatt berichtet weiter aus Tokio, daß maßgebenden Berichten zufolge China von Kanton bis Peking, von Sotschjan bis zur Mündung des Jangtse-Kiang in Gärung sei. „Morning Post“ meldet aus Schanghai, daß die Ausländer jetzt als ersten Fehler die Beschlüsse ansehen, die zur Aufhebung der exterritorialen Rechte der Deutschen, Oesterreicher und anderer führten, wegen des Prestige-Verlustes, den dies zur Folge hatte.

Unruhen auf der Insel Samos

Athen, 9. Juni. Zu den Zeitungsmeldungen über Unruhen auf der Insel Samos teilt die Athener Telegraphenagentur u. a. mit: Es handelt sich um den Einfall einer Bande, die von den beiden Brüdern Tapa angeführt wurde, die wiederholt wegen Raubes und Raubverurteilt worden sind. Die Brüder wurden von den Gefangenen, die sie in Freiheit gesetzt hatten, und ihren Anhängern unterstützt. Im ganzen sind es etwa 400 Personen. Die Bande setzte sich in den Besitz von öffentlichen Gebäuden in der Hafenstadt Bathy, dem Hauptort der Insel, vortrieben die Beamten und raubten Staatsgelder in Höhe von ungefähr 500 000 Drachmen. Die geringe Zahl von Gendarmen wurde während des Schlafes überrastet und entwaffnet. Die Regierung entsandte sofort nach Bekanntwerden der Vorkommnisse ausreichende Unterstützung unter dem Schutze eines Zerstörers. Ueber die gesamte Insel wurde der Belagerungszustand verhängt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Juni.

Am Dienstag trat der Reichstag nachmittags wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Henning (V. Freiheitsp.) die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Reichswehrretats vorläufig auszusetzen und zunächst die Militärkontrollnote der Entente zu besprechen, die tief in die Organisation der deutschen Wehrmacht eingreife.

Abg. Stöcker (Komm.) unterstützt den Antrag der Völkischen.

Die beantragten Änderungen der Tagesordnung werden abgelehnt. Das Haus tritt dann in die zweite Beratung des Haushalts der Marine im Rahmen des Haushalts des Reichswehrministeriums ein.

Abg. Treutmann (Dn.) spricht die Hoffnung aus, daß die angekündigte Aufbesserung der Bezüge der Offiziere und Mannschaften in ausreichendem Maße erfolgen werde. Der Auslandsdienst der Reichsmarine sei geeignet, das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt neu zu beleben. Den Reueforderungen der Marine müsse deshalb zugestimmt werden.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) bezeichnet es als eine Inkonsequenz, wenn die Sozialdemokratie die notwendigen Ergänzungsbauten für die überalterten Schiffe ablehnen würde. Das könnte man nur dann tun, wenn man wie die Kommunisten, die Marine überhaupt abschaffen wolle. Die Deutschland aufgezwungene Entwaffnung solle zuat nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung sein, tatsächlich aber verfürten die übrigen Nationen ihre Rüstungen zu Lande und zu See immer mehr. Daran werde nichts durch die vielen Friedenskonferenzen geändert. Die in ihrer Quantität so geschwächte deutsche Marine solle wenigstens in der Qualität auf der Höhe sein.

Abg. Crechburg (Komm.) lehnt die Marineforderungen ab. Abg. Moses (Soz.) erörtert die Selbstmordfälle in der Marine und in der Reichswehr. Seit 1923 sei in dieser Beziehung statt der erhofften Besserung eine Zunahme der Selbstmorde um mehr als 50 Prozent zu verzeichnen. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Schreiber (Z.) begrüßt die Mitwirkung der deutschen Reichsmarine an Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung, besonders bei der Tiefseereserchung.

Reichswehrminister Dr. Gessler: Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Reichswehr und Marine werden ein neues Gesicht bekommen. Wir werden das ganze sittliche und heilsame Niveau der Reichswehr und Marine erhöhen müssen. Dazu muß aber auch den Offizieren und Mannschaften ein Mindestmaß wirtschaftlicher Sicherheit geboten werden. Bei der Pflege des Bildungswesens biete die Wehrverwaltung noch Schwierigkeiten.

„Eines Bild ist kalt und hart geworden bei des jungen Rannes Worten.“

„Ich werde meine Heimat niemals wiedersehen, — und wenn mir vor Heimweh das Herz bricht; denn niemand hat mich dort mehr lieb.“

„Sagen Sie das nicht, Fräulein Vanderstraaten! Es scheint mir unmöglich, Sie zu kennen und Sie nicht lieb zu haben.“

Er spricht so warm, so voll innerer Ueberzeugung, daß Elsas Herz unwillkürlich schneller schlägt und ein feines Rot in ihr blaßes Gesicht steigt. Um ihre Verlegenheit zu verbergen, sagt sie schnell:

„Ich war sehr erstaunt, Sie heute so früh in der Kirche zu sehen.“

Ein liebes Rästel verschönt das Antlitz des jungen Rannes. „Hätten Sie meine Mutter gekannt, Fräulein Elsa, Sie wären nicht erstaunt gewesen. An ihrer Hand habe ich zum erstenmal als dreijähriger Knabe hier in Bonn die Münsterkirche betreten. Diese Kirche aber hat auf mein Kindergemüt einen solchen Eindruck gemacht, daß mein erster Gang in Bonn stets dieser Kirche gilt. Ich mein, hier meinem toten Mütterlein näher zu sein.“

Elsa hat sinnend Roberts Worten zelauscht.

„Ja, wenn man noch eine Mutter hätte,“ antwortet sie dann mit schmelmütigem Blick, „es wäre so vieles anders im Leben.“

„Sicherlich wären Sie dann wohl auch nicht hier.“

„Kein, die Mutter würde mich wohl warm am Herzen gehalten haben, daß ich an Liebe nicht darbt.“

„Ich wäre auch wohl kaum Kunststreiter geworden, wenn ich meine Mutter nicht so früh verloren hätte. Sie wehrte sich dagegen mit aller Macht; doch Papa setzte wie immer so auch in diesem Falle seinen Willen durch. Ich war noch ein Kind damals und konnte kein größeres Vergnügen, als auf meinem kleinen, arabischen Pferdchen im Zirkus mitzureiten. Ich hatte noch kein Verständnis für die Herzensnot meiner Mutter, sonst wäre ich wohl ihrem Wunsche ge-

folgt. Später dann, als ich erwachsen war und die Sorge meiner Mutter begreifen konnte, war es mein sehnlichster Wunsch, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen; aber alle besseren Berufe waren dem Manne des fahrenden Volkes verschlossen. Papa spottete meiner, als er von meinen Plänen erfuhr; er sagte mir, ich könne ja Straßenkehrer oder Kaminsfeger werden, das sei auch ein bürgerlicher Beruf. Doch ich setzte meine Bemühungen fort und hatte endlich Glück. In Amerika denkt man in solchen Sachen großzügiger. Ein Freund, ein Deutschamerikaner, dessen Großvater ausgewandert war, und der sich nun Deutschland ansehen wollte, wird mir in der ausgedehnten Fabrik seines Vaters eine Stelle verschaffen. Ich lernte den jungen Lohberg, der ein leidenschaftlicher Pferdeliebhaber ist, gelegentlich einer Vorstellung in Berlin kennen. Wir verlebten freundschaftlich miteinander und er wird mir nun auch den Freundschaftsdienst erweisen, mich drüben einzustellen.“

Koll Interesse hat Elsa die Auseinandersetzungen Roberts angehört, nun er geendet, bleibt sie plötzlich stehen, die Hände gefaltet, schaut sie mit bittendem Blick zu ihm auf.

„Nehmen Sie mich mit, Herr Westermann! Die Welt ist gar so klein, ich fürchte hier immer einem meiner Bekannten zu begegnen.“

Mit warmem Druck ergreift Robert Elsas Hand, der bittende Blick ihrer reinen Kinderaugen zermarttet sein Herz.

„Elsa, für mich gäbe es kein größeres Glück, als stets in ihrer Nähe weilen zu dürfen; dennoch bleibe ich Sie an, geben Sie Ihren Vorschlag auf, kehren Sie nach Hause zurück. Noch weiß niemand, daß Sie beim Zirkus waren und niemand wird es auch erfahren.“

Elsa ist tief ergriffen von den herzlichen Worten; ihre Augen füllen sich mit Tränen, dennoch schüttelt sie den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden die geforderten Neubauten, ein kleiner Kreuzer und fünf große Torpedoboots bewilligt, ebenso der gesamte Haushaltsplan in 2. Beratung. Der Antrag auf Streichung des Ministergebühls wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, das Gehalt des Reichswehrministers bewilligt. Mit demselben Stimmenverhältnis wird der kommunistische Antrag abgelehnt: Der Reichswehrminister Dr. Gessler behält nicht das Vertrauen des Reichstages.

Es folgt darauf die erste Beratung der Gesekentwürfe zur Vereinfachung des Militärstrafrechts und über Militärgerichte. Der Gesekentwurf ändert das bisherige militärgerichtliche Verfahren dahin, daß in jedem Gericht mindestens ein Offizier mitwirken muß, während bisher die Richter dem Dienstgrad des Angeklagten angehörten.

Abg. Rosenfeld (Soz.) bekämpft die Vorlage als einen Rückschritt, als eine Wiederaufrichtung des militärischen Kastengelstes und als ein Eindringen in das System Einmünder in die Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) tritt für die Vorlage ein. Abg. Bieroth (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Sie seien eine elende reaktionäre Stümperlei. Hier zeigte sich wieder der Einfluß der Reute, in deren Augen der Mensch erst beim Leutnant anfängt.

Abg. Brüllinghaus (Dn.) sieht in den Gesekentwürfen eine Verbesserung des bisherigen Verfahrens. Abg. Dr. Haas (Dem.) begrüßt es, daß nach den Vorlagen unbedeutende militärische Delikte nicht mehr den umständlichen Verfahren der ordentlichen Gerichte überlassen werden sollen.

Abg. Dr. Beck (Ztr.) behält sich die Stellungnahme seiner Fraktion zu den Entwürfen für die Ausschlußberatung vor und lehnt die Kritik des kommunistischen Redners als gleichweit entfernt von jeder Sach- und Rechtskenntnis ab.

Die Vorlage wird hierauf dem Rechtsausschuß überwiesen. Um 8.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen und Anträge.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 10. Juni 1925.

— **Schonet die Felder!** Die starke Wanderlust, die unsere Jugend in Feld und Wald führt, kann man von volksgesundheitlichen Gesichtspunkten aus nur gutheißen. Dringend zu wünschen bleibt dabei aber auch, daß die bebauten Flächen, Acker und Wiesen, auch die Wälder, die notwendige Schonung erfahren. Kurz zu oft wird mitten in ein Getreidefeld hineingestampft einiger Blumen wegen, die sich auch mit etwas Geduld am Rande des Feldes hätten finden lassen. Neben der Bitte an die Eltern wanderfroher Jugend sei besonders auch den Vereinen und Organisationen, die das gemeinsame Wandern pflegen, die Aufgabe anheim gestellt, belehrend und erziehend zu wirken.

— **Sommersonderzüge.** In den Monaten Juni, Juli und August werden Sommer-Sonderzüge mit ermäßigten Fahrpreisen von und nach Stuttgart ausgeführt, und zwar nach München am 26. Juli, nach Berlin am 25. Juli, nach Hamburg und Bremen am 25. Juli und am 30. Juli, nach Köln und Dortmund am 27. Juli. Außerdem gibt es Sonderzüge nach Stuttgart von Berlin, Hamburg, Leipzig, Magdeburg, Dortmund, Hagen, Köln.

— **Sonntagstarren zum Besuch der Wanderausstellung.** Im den Besuch der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Cannstatt mit Sonntagsrückfahrkarten schon am Samstag, den 20. Juni zu ermöglichen, gelten Sonntagsrückfahrkarten nach Cannstatt und Stuttgart Hauptbahnhof auch am Samstag, den 20. Juni den ganzen Tag zur Hin- und Rückfahrt.

* **Station Teinach, 8. Juni.** (Zödl. Unglücksfall) Heute nachmittag ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof ein schwerer Unglücksfall. Beim Anknüpfen eines Güterzuges fiel der verh. 35 Jahre alte Weichenwärter Ehr. Rupp aus Albulach auf eine bis jetzt unaufgeklärte Weise zwischen zwei Wagen mit dem Gesicht auf den Boden und arbeitete sich, nachdem der Zug nach kurzem Anfahren wieder hielt, mit zusammengedrückt Brustkorb und Kopfverletzungen unter einem Langholzwagen hervor. Rupp wurde mit einem Auto des Gemeinerverbands Teinach nach dem Bezirkskrankenhaus Calw verbracht, starb jedoch leider vor Erreichung desselben.

Stuttgart, 9. Juni. (Tagung Deutscher Wohnungsämter.) Die Vereinigung Deutscher Wohnungsämter hielt anlässlich ihrer letzten Tagung heute ihre erste öffentliche Hauptversammlung im großen Stadtparksaal ab. Der Vorsitzende der Vereinigung, Stadtbauinspektor Dr. G. v. München eröffnete die Tagung und begrüßte die erschienenen, darunter den Minister des Innern Holz. Der Redner betonte, daß die Wohnungsämter unbedingt sachlich und neutral ihr Amt verwalteten. Es sei Demagogie schlimmster Sorte, der Öffentlichkeit glauben machen zu wollen, daß ihre Stellungnahme von der Überlegung geleitet sei, nicht Amt und Würden verlieren zu wollen. Auch die heutige Tagung sehe wie die früheren unter dem unmittelbaren Eindruck der Wohnungsnot, die das Familienglück zerstört und Volkstränkheiten fördert und verbreitet. Der Fehlbetrag an Wohnungen betrage im Reich etwa 600 000. Solange aber nicht die Mieten den tatsächlichen Baukosten angepaßt seien, sei an eine durchgreifende Befriedigung der Wohnungsnot nicht zu denken. Das große, vorläufig unlösbare Rätsel sei, wie unsere Wirtschaft eine allgemeine Erhöhung der Miete auf eine derartig phantastische Höhe tragen könne. Die Wohnungswirtschaft müsse selbstverständlich abgebaut werden, soweit Interessen der Allgemeinheit nicht schädigt werden. Aber die Hauptüberlässe für den Wohnungsbau liegen nicht in der Zwangswirtschaft, sondern in wirtschaftlichen Problemen. Nach weiteren Begründungsworten gab Rechtsrat Dr. Waldmüller, Stuttgart, ein Referat über Wohnungsfragen und Wohnungsgesetzgebung in Württemberg. Obermagistratsrat Wild, Direktor des Stadt. Zentralamtes für Wohnungsweisen in Berlin, sprach über den Abbau der Wohnungswirtschaft.

ausstellung „Das Schwäbische Land“. Es wird wiederholt auf den Wettbewerb für Liebhaberphotographen aufmerksam gemacht, den die Ausstellung „Das Schwäbische Land“ veranstaltet. Gewünscht werden Aufnahmen aus Württemberg und unmittelbar angrenzenden Nachbargebieten (Bilder aus Städten und Landschaftsbildern). Dem Preisgericht stehen folgende Preise zur Verfügung: 1. Preis 400 Mark, 2. Preis 300 Mark, 3. Preis 200 Mark. Weiterhin ist eine Reihe von Stiftungen aus der Fachindustrie für anerkannter Arbeiter der Liebhaberphotographen übergeben worden. Die Kopien sind bis spätestens 15. Juni an die Geschäftsstelle der Ausstellung „Das Schwäbische Land“, Ausstellungsbau Lindenstraße, kostenfrei einzuliefern mit dem Vermerk „Wettbewerb für Liebhaberphotographen“.

Ludwigsburg, 9. Juni. (80. Geburtstag.) Gymnasialdirektor a. D. Erbe kann in geistiger Frische den 80. Geburtstag feiern. 30 Jahre, von 1867—1897, wirkte er am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, um dann das Rektorat des hiesigen Gymnasiums zu übernehmen. Im Jahre 1914 trat er in den Ruhestand. Als Herausgeber des Wörterbuchs der deutschen Rechtschreibung ist er rühmlichst bekannt geworden.

Schwemmingen, 9. Juni. (Durch seinen eigenen Hund verlegt.) Fabrikant Friedrich Ernst Benzling wollte mit einer Frau einen Spaziergang unternehmen. Durch das starke Bellen seines Hundes veranlaßt, schlug der Besitzer dem Hund auf die Schnauze, worauf dieser gegen ihn sprang und ihn im Gesicht ziemlich schwer verletz.

Kleinhelm u. L., 9. Juni. (Eindrahobdiebstahl.) In einer hiesigen Villa wurde nachts eingebrochen und eine Schreibmaschine und eine Geldkassette entwendet. Der auf die Spur geführte Polizeihund verfolgte die Spur und ließ zunächst, etwa 30 Meter vom Tatort entfernt, auf die Schreibmaschine, die dem Dieb anscheinend zu schwer war. In dem etwa 200 Meter entfernten Neubau der Firma West ließ er dann auf die erbrochene Geldkassette, in der sich 100 Mk. befanden hatten. Von hier aus führte die Spur nach dem Bahnhof Detlingen, von wo aus der Dieb wahrscheinlich mit der Bahn das Weite gesucht hat. — Ein weiterer Einbruch wurde im staatlichen Haushaltungsjeminar ausgeübt. Der Eindrehler mußte aber, durch die Bewohner verschreckt, unverrichteter Dinge wieder abziehen. Er wurde durch die Polizei verhaftet.

Badnang, 9. Juni. (Unter den Rädern.) Auf der Straße Großaspach-Badnang scheuten an einem vorüberfahrenden Motorradfahrer die Pferde des Bauern Wilhelm Treß von Großaspach und rannten auf der Landstraße weiter; infolgedessen fiel der 5 Jahre alte Knabe des Treß so unglücklich vom Wagen, daß er unter die Räder kam. Die Folge war der sofortige Tod des Kindes.

Badnang, 9. Juni. (Brand.) In Bernwies, Gde. Salzbad-Nurr sind heute früh zwischen 1 und 2 Uhr eine Scheuer mit Remise und Wagenschuppen sowie das Wohnhaus des Landwirts Karl Strohmaier niedergebrannt. Der Gebäude- und Mobiliarschaden beträgt 15 000 Mark.

Leinfelden, 9. Juni. (Vom Wagen gestürzt.) Der 66 Jahre alte Bauer Schüllerin wollte von einem Wagen abspringen, dessen Pferd scheute. Er wurde so unglücklich auf die Straße geschleudert, daß er die Wirbelsäule brach und sofort tot war.

Nittstien, 9. Juni. (Abstimmung.) Bei der Abstimmung wegen der Zugehörigkeit Nittstiens zu den Oberämtern Ehingen oder Laupheim stimmten 352 für Laupheim und 12 für Ehingen.

Friedrichshafen, 9. Juni. (Ertrunken.) Die Kleider des bei der Schwemninger Firma Birl-Maier beschäftigten Angestellten Vogt, aus Rottweil gebürtig, der sich gegenwärtig hier in Ferien befindet, wurden am Bodensee aufgefunden, jedoch anzunehmen ist, daß er beim Baden ertrunken ist.

Pforzheim, 9. Juni. (Lohnbewegungen.) Seit 14 Tagen streiken hier die Blechnergehilfen. Es handelt sich um annähernd 40 Gehilfen. Seit Freitag streiken auch die Glaser. Hier kommen etwa 20 Gehilfen in Frage. Einige arbeiten schon wieder oder haben gar nicht ausgefehlt. Auch die Schlosser-, Schreiner-, Maurer- und Gipfiergehilfen sind in Bewegung und sind zum Teil ausständig. Nachdem die Berliner Verhandlungen mit den Schreibern gescheitert sind, werden Streiks der Schreinergehilfen in ganz Deutschland erwartet. Ursache sind, wie fast immer, Lohnfragen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Doppelmord und Selbstmord. In Spandau erschof der Lokomotivheizer Bergsch im Schlafzimmer seiner Wohnung seine Ghesfrau und seine 12jährige Tochter und verübte dann Selbstmord. Die Gründe zu der Tat sind unbekannt.

Berliner Konkurs. Die in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Seiden-, Kleiderstoffe- und Baumwollwaren-Großfirma Siegfried Brüd in Berlin hat, da ein angestrebter Vergleich abgelehnt wurde, Konkurs angemeldet. Die Passiven betragen, wie der „Deutsche Konfektionär“ mitteilt, etwa 500 000 Mk.

Das Wahlprüfungsgericht zur Vorabstimmung in Hannover. Auf Anrufung durch die Deutsch-Hannoversche Partei tagte das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag. Es erklärte die Vorabstimmung vom 18. Mai 1924, worin die Kornahme einer Abstimmung über die Loslösung der Provinz Hannover von Preußen abgelehnt wurde, für ungültig.

Die Note

Selbst in diesen Frühlingstagen
Muß man sich mit Fragen plagen
Die schon lange loszulagen
Gründlich uns im Magen lagen.

Zu den Sorgen beispielsweise
Um die Sommerbadereije
Ober um den Stoff des Kleides
Oder manchmal auch um beides.

Zu den schwierigen Problemen,
Die uns voll in Anspruch nehmen,
Messen, Essen und Kongressen,
Bogen auch nicht zu vergessen.

Kommt nun auch noch dieser Rumor,
Den uns in der Morgennummer
Gestern zwischen sechs und achte
Die Pariser Note brachte.

Ausgetüftelt, ausgeflügelt,
Etwas höflich aufgebügelt,
Hält sie doch, besch'n bei Lichte,
Roh die Faust uns vors Gesicht.

Zeigt sie uns in schönen Phrasen,
Was so viel schon vergangen,
Daß noch lebt der Geist des Tigers
Und der Stiefeltritt des „Siegerts“.

Daß die Freiheit noch im Sumpfe ist,
Daß „Versailles“ noch immer Trumpf ist
Daß von Völkerrfriedenswerken
Und Versöhnung nichts zu merken.

Doch ich sage kalten Blutes:
Ruch ein Fußtritt hat sein Gutes,
Manchem, der vom Traum umfangen,
Sind die Augen aufgegangen.

Und wir werden's noch erleben,
Daß es Deutsche mal wird geben,
Die in den Versaffler Lettern
So wie heut im Kursbuch blättern.

Stafan in der „D. U. S.“

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenliste vom 9. Juni

	Gold	Devisen	Gold	Devisen
London (1 Pfund Sterl.)	20,380	20,441	20,367	20,429
Newyork (1 Dollar)	4,195	4,205	4,195	4,205
Amsterdam (100 Gulden)	168,04	169,06	168,50	169,01
Brüssel (100 Francs)	19,55	19,61	19,17	19,23
Paris (100 Francs)	16,75	16,80	16,71	16,75
Berlin (100 Mark)	20,250	20,310	20,55	20,61
Schweden (100 Kronen)	81,350	81,550	81,315	81,515
Dänemark (100 Kronen)	81,17	81,25	81,29	81,38
Frankreich (100 Francs)	112,25	112,54	112,24	112,53
Österreich (100 Schilling)	59,057	59,197	59,057	59,197

Börse

Berliner Börse vom 9. Juni. Obwohl die Börse durch die Behauptung des Fortbestehens des Aufwertungsanschlusses, daß die Annahme einer Reduktion der Unterbreitungs zwischen Rib und Reichsbank auch für Wandbreite nicht unrichtig, von einer schweren Sorge befreit ist, konnte dieses einen Einfluß auf die Tendenzhaltung nicht ausüben. Infolge der ungünstigen Wirtschaftslage, insbesondere auch durch die neuerlichen Nachrichten von Stilllegungen auch in der Braunkohlenindustrie traten weitere Kursrückgänge ein. Auch heimische Anleihen brüskelten der allgemeinen Tendenz folgend ab. Gewerbetreibende drückten sich ebenfalls im freien Verkehr nach anfänglich etwas lehrer Haltung niedriger. Die Geldverhältnisse sind gleich geblieben. Am Devisenmarkt legte sich die Erbholzung der Devisen Paris fort.

Frankfurter Börse vom 9. Juni. Norddeutsch war etwas Devisenbedürfnis vorhanden. Die Unterbreitungsanschlüsse reichte aber nicht an den Markt gegenüber auftretenden Realisationsneigungen widerstandsfähig zu erhalten.

Stuttgarter Börse vom 9. Juni. Die Tendenz der heimischen Börse war wieder recht fest. Das Realisationsbedürfnis hielt in noch verstärktem Maße an und brachte die Kurse auf der ganzen Linie weiter zum Nachgeben.

Getreide

Berliner Weizenmärkte vom 9. Juni. Weizen märk. 305—306, Roggen märk. 216—220, Sommergerste 236—242, Winter- und Wintergerste 200—218, Hafer prompt Berlin 208—211, Weizenmehl 84—86, 50, Roggenmehl 79,75—81,75, Weizenmehl 12,90, Roggenmehl 14,10—14,30, Kartoffelmehl 23—25, Kleine Speiseklein 22—25, Futtererbsen 30—32, Weizenklein 19—20, Kleebohnen 20—21, Wicken 20,10—24, Lupinen Bayer 10—11, Lupinen ostb. 12,50—14, Hauptstapel 13,80—15,00.

Wärrer

Stuttgarter Schlachtwirtschaft vom 9. Juni. Ingetriebene waren 42 Ochsen, 26 Bullen, 230 Jungbullen, 27 Jungkühe, 66 Rinder, 552 Schweine, 10 Schafe. Unverkauft blieben: 4 Ochsen, 30 Jungbullen, 27 Jungkühe, 15 Rinder, 140 Schweine, 65 Schafe. Ochsen 1. 64—62, 2. 44—62, Bullen 1. 64—67, 2. 45—62, 3. 45—62, Jungbullen 1. 64—67, 2. 50—62, 3. 40—60, Rinder 1. 35—45, 2. 25—32, 3. 14—20, Rinder 1. 60—62, 2. 45—65, 3. 75—90, Schafe bis 75 Schweine 1. 80—81, 2. 77—79, 3. 74—76, Sauen 67—70, Berlin märk. belieh.

Karlsruher Viehmarkt vom 9. Juni. Es wurden eingeliefert und bezahlt: 100 Ochsen 54—60 A., 25 Bullen 52—60 A., 97 Rinder und Kühe 60—68 A., 97 Rinder 76—84 A., 748 Schweine 74—82 A. — Die Qualität über Norris bezahlt. Unter dem Stichpreis belanden bis 70 Stück aus Oesterreich. Tendenz beim Viehtrieb mäßig, kleiner Ueberhand, bei Schweinen und Rindern lebhaft, grümt.

Wiesbadener Viehmarkt vom 9. Juni. Es wurden folgende Viehe mit 135 Pferden bezahlt, darunter 2 Hohlen. Es wurden folgende Viehe gebandelt: 40—120 A für Schlachtwirtschaft, 300—400 A für Rinder, für mittlere 700—1200, für schwere Pferde 1300—3000 A. Der Handel war ruhig.

Wiesbadener Schlachtwirtschaft vom 9. Juni. Auftrieb: 48 Ochsen, 10 Rinder, 11 Kühe, 3 Bullen, 8 Rinder und 267 Schweine. Preis per Berliner Lebendgewicht: Ochsen 1. 60—65, Rinder 1. 62—66, Ochsen und Rinder 2. 50—55, Rinder 2. 40—45, Bullen 51—55, Schweine 77—79 A. — Ueberhand: Großvieh mäßig, Schweine lebhaft.

Stuttgarter Viehmarkt vom 9. Juni. Auftrieb: 1 Ochse, 6 Bullen, 1 Rinder, 11 Kühe, 188 Rinder, 188 Schweine. Preis aus 1200 A Lebendgewicht: Ochsen 1. 55—60, Bullen 1. 45—50, 2. 40—54, Rinder 1. 55—60, 2. 45—54, Rinder 2. 30—34, 3. 20—24 A. — Ueberhand: Rinder 1. 64—65, 2. 50—54 A.

Stuttgarter Viehmarkt vom 9. Juni. Auftrieb: 60—62 A, Rinder 40—45 A. für große Kälber 60 A. bis 100 A.

* Pforzheimer Rindviehmarkt vom 8. Juni. Auftrieb: 12 Rinder, 10 Kalbinnen, 5 Jungbullen und 1 Kalb. Die Preise waren folgende: 550—620 Mk für Kalbinnen, 350—500 Mk für Rinder. Der Handel war ruhig.

Vom Büchertisch.

Unser Friede. Andachten auf alle Tage des Jahres von Carl Seiffacher, Stadtpfarrer in Herrenald, Verlag: J. F. Steinfopf, Stuttgart. Preis: 3.60 M.
Gewiß gibt es viele, recht gute Andachtsbücher; ja, bei manchen heißt es: je älter, desto besser! Aber leider sind die Schätze unserer frommen Väter zum großen Teil nicht mehr im Buchhandel zu haben, und mancher greift doch auch hier und da gerne und zu seinem Segen nach etwas Neuem. Denn auch das Beste leidet durch Gewohnheit. — Jedem jungen Ehepaare, das sein gemeinsames Leben mit Gott anfangen will, jedem Hausvater, dem es wichtig ist, das Licht des Wortes über dem Tageslauf aufgehen zu lassen, jedem Alleinlebenden und Kranken, der vielleicht nichts hat als seine Bibel und seine guten Bücher, sei genanntes Andachtsbuch warm empfohlen. Es ist neu und doch nicht „modern“, eindringlich und doch nicht aufdringlich. So recht mit dem Herzensston legt es uns, aus der Gemeinbearbeitung erwachsen, im Sinn eines guten Seelsorgers das Wichtigste in praktischen Linien ans Herz. — Das Buch ist in der Buchhandlung zu mäßigem Preise zu haben.

Letzte Nachrichten.

Parteilührerbesprechung über die Entwaffnungsnote.
W.B. Berlin, 9. Juni. Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern nachmittag, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, die Führer der Reichstagsfraktion von den Deutschen nationalen bis zu den Sozialdemokraten, um mit ihnen die Entwaffnungsnote, die heute Gegenstand der Beratung im auswärtigen Ausschuss sein wird, zu besprechen.
Böhmische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag.
W.B. Berlin, 9. Juni. Nachdem durch den Uebertritt des bisherigen deutschnationalen Reichstagsabg. Dr.

Best als Gast zur Deutsch-Böhmischen Freiheitspartei die Zahl der böhmischen Vertreter im Reichstag sich auf insgesamt 15 erhöhte, haben sich die Reichstagsabg. der Deutsch-Böhmischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei unter Wahrung ihrer organisatorischen Selbstständigkeit zu einer gemeinsamen Fraktion der Deutsch-Böhmischen Freiheitspartei-Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (Böhl. Arbeitsgemeinschaft) zusammengesgeschlossen. Auch Lubendorff gehört dieser neuen Fraktion an.

Angekündigte Aussperrung in der Holzindustrie.
W.B. Berlin, 9. Juni. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg des Arbeitgeberverbandes von der Holzindustrie, worin es heißt: Zweck geschlossener Abwehr der maßlosen, sich kurz wiederholenden Forderungen der Holzarbeiter hat unser Spitzenverband die restlose Aussperrung der Holzarbeiter des deutschen Reiches bis zum Sonnabend den 13. Juni beschlossen.

Gleichzeitig wurden die Unternehmer angewiesen, den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, durch den diese sich verpflichten, aus dem Deutschen Holzarbeiterverband auszutreten und keiner anderen Organisation beizutreten. Alle Arbeiter, die dem Holzarbeiterverband nicht angehören, sollen weiter voll beschäftigt werden.

Proteste der Bayr. Landesbauernkammer.
W.B. München, 9. Juni. Die Bayr. Landesbauernkammer protestierte im weiteren Verlauf ihrer Plenarberatung gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag und gegen die von der Reichsregierung geplante Biersteuererhöhung.

Abschluß des deutschen Rundflugs.
W.B. Berlin, 10. Juni. Mit dem gestrigen Tage erreichte der von dem Deutschen Aero-Klub veranstaltete

Deutsche Rundflug seinen Abschluß. Mit der Landung des Flugzeugs 672 ist das letzte, der zum 5. Schleifenflug aufgestiegenen Flugzeuge nach Berlin zurückgekehrt, ohne daß auch auf diesem letzten Prüfungsflug ein Unfall zu verzeichnen gewesen wäre.

Großfeuer in Oesterreich.
W.B. Wien, 10. Juni. In der Sommerfrische Weikersdorf bei Wiener-Neustadt ist gestern nachmittag ein Brand ausgebrochen, der infolge des herrschenden Wassermangels schnell um sich griff und in wenigen Stunden 33 Häuser einscherte.

Explosion in einem Bergwerk.
W.B. Sturgis (Kentucky), 9. Juni. Durch eine Explosion wurden 17 Bergleute verschüttet. Es besteht keine Hoffnung auf Rettung.

Besserung der Lage in Shanghai.
W.B. Shanghai, 9. Juni. Abgesehen von dem Streit in der Schifffahrt, bessert sich die Lage. Eine große Anzahl Ausständiger hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Berwüstungen durch chinesische Aufrührer.
W.B. London, 9. Juni. Reuter meldet aus Peking: Aufrührer verwüsteten die Kontore der Asiatischen Petroleum-Ges. in Tsingtau. Es verlautet, daß Marshall Tchangfollin in einem Zirkulartelegramm die Studenten ermahnte, keine Gewalttaten zu begehen.

Mittelmäßiges Wetter für Donnerstag und Freitag.
Der Hochdruck im Osten hat an Stärke gewonnen, sodaß für Donnerstag und Freitag hitteres und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Für die Scherleitung verantwortlich: Ludwig Kaul, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Mittheilungen.

Seuchenpolizeiliche Vorschriften für die 31. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Stuttgart-Cannstatt.
Auf die vom Min. des Innern erlassenen Vorschriften zur Verhütung der Verschleppung von Tierseuchen anlässlich der in der Zeit vom 18.—23. Juni ds. Js. stattfindenden Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft — vergl. oberamtliche Bekanntmachung vom 29. 5. 25, Lammblatt Nr. 124 — wird nochmals besonders hingewiesen.
Nagold, den 8. Juni 1925.
Oberamt: J. A. Dr. Merk, stv. Amtmann.

Weibelehrkurs in Hohenheim.
Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft betr. die Abhaltung eines Weibelehrkurses in Hohenheim in der Zeit vom 13.—15. Juli ds. Js. (vergl. Staatsanz. Nr. 130 vom 8. Juni 1925) werden die Landwirte des Bezirks hingewiesen.
Nagold, den 9. Juni 1925.
Oberamt: J. A. Dr. Merk, stv. Amtmann.

Altensteig Stadt.

Der Grasertrag

von ca. 38 ar Wiese in der Reute — fr. Wurster/Stiehl'sche Grundstücke — wird am **Mittwoch, den 10. Juni 1925** nachm. 6 Uhr an Ort und Stelle verkauft.
Stadtpflege.

Würtl. Forstamt Altensteig.

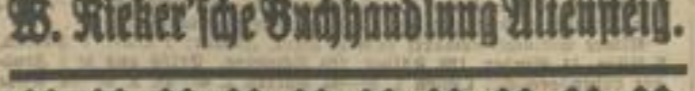
Gras- und Holzverkauf.

Am **Samstag, den 13. Juni 1925**, vormittags 10 Uhr wird bei der Nonhardter Wasserstufe der Heu- und Dehmbertrag der bisher von G. Schneider, Altensteig gepachteten Wiesen bei der Nonhardter Wasserstufe in 3 Losen verkauft; ferner der Grasertrag auf Wegen und Linien der Distrikte Grashardt, Nonnenwald, Hafnerwald und endlich 6 Am. Scheidholz und 3 Lose breitt. Reisig.



Alle Modeblätter und Zeitschriften

sind zu den Verlagspreisen zu beziehen durch die
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.



Schreibmaschinen-Reparaturen

G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Radf.-Verein Altensteig



Am Freitag
Abend 8 Uhr
**Übungs-
Fahren**

Antreten bei der Turnhalle.
Anschließend Versammlung.
Sämtliche Radfahrer, die sich an dem Landesfest in Hechingen beteiligen wollen, haben vollzählig zu erscheinen.

Für Angehörige von Vereinsmitgliedern ist Gelegenheit geboten, mit Auto nach Hechingen (Hohenjoller) zu kommen. Anmeldungen bis spätestens Donnerstag Abend bei Vorstand Joel Bals. Für Quartiere ist gesorgt.
Der Ausschuss.

Lüchtiger

**Bollgatter-
Säger**
sucht
Sägewerk Berneck.

Wegen Erkrankung meines seitherigen Suche ich zum sofortigen Eintritt einen ordtl.
Anecht

für Landwirtschaft, der mit Pferden umgehen kann
Gemeindepfl. Koller Hoffstett.
Altensteig.
Einige schwere
**Bienen-
schwärme**

kauft
Heinrich Henßler, Kaufmann
Vorherige Anmeldung erbeten.
Ostorbene,
Rälberbrunn: Agathe Raich geb. Hauser.
Balingen: Tobias Koller, Rotgerber, 82 J.

Wer?
etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht
inverletzt erfolgreich
und tätig in der
**Schwarzwälder Tages-
zeitung Aus den Tannen.**

Wir verpachten am
Samstag, den 13. ds. Mts.
im öffentlichen Aufsteich den
**Heu- und
Dehmbertrag**
unserer beiden Wiesen im Taubental und im Rendel-
teich (bei Weisenfeld) je in
mehrere Lose eingeteilt und
haben Liebhaber hiezu freundl.
ein. Zusammenkunft nachm.
5 Uhr im Taubental.
Näheres durch Waldhüter
Carl Girrbach, Weisenfeld.
**Jobs. Maß'sche
Nachschaffe.**
Zu verkaufen
1 Auszugstisch
dunkel eichen,
zwei helleichene
Stühle
beides ziemlich neu,
1 elektr. Bügeleisen
Wer? — sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.
Böfingen.
Einen zweispännigen
Ruhwagen
hat zu verkaufen
Joh. G. Seeger, Wagner.
Zwei Meter durrer
Brennholz
zu kaufen gesucht. Wer?
sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Besuchet die Ausstellung

„Das schwäbische Land“

mit ihren einzigartigen Sehenswürdigkeiten
Landschaft
Volkstum
Wirtschaft
Bäder
Kultur
Kunst
Wissenschaft
Theater
Technische Einrichtungen im Betrieb.
Stuttgart
Stadtgarten / Gewerbehallegelände
Kunsthalle und Schloßgarten
Bierkeller / Gartenrestaurant / Militärmusik

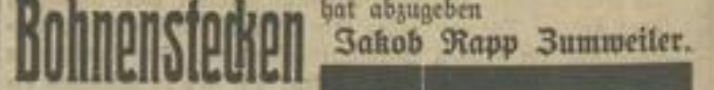
Zur Anfertigung

von Druckarbeiten

hält sich bei schnellster Bedienung
bestens empfohlen
die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Inh. L. Laak
— Altensteig. —

Bohnenstecken

hat abzugeben
Jakob Rapp Zumweiler.



Rasch und übersichtlich

bringen wir unsern Lesern
das Neueste, so daß sich
Jedermann in uns. Schwarz-
wälder Tageszeitung „A. d. T.“
schnell über alles Wissenswerte orientieren kann. Da-
bei bieten wir in unserem
Schwarzw. Sonntagsblatt
stets einen guten Unter-
haltungskstoff. Wir empfehlen
unsere Zeitung sofort für den Monat Juni zu bestellen.

